

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. S. Alee.

II. Jahrgang.

Berlin, Sonnabend, den 24. November 1883.

N^o 112.

Der Liberalismus und die Capitalrentensteuer.

Der von der liberalen Presse unternommene Sturm gegen die Capitalrentensteuer ist für Alle, die nicht völlig mit Blindheit geschlagen sind, ein untrüglicher Beweis von der absoluten Nichtachtung und dem vollkommenen Mangel an Verständnis, der auf dieser Seite nicht nur bezüglich der Interessen des Grundbesitzes, sondern bezüglich der Gesamtinteressen des Staates herrscht, und zugleich ein Beweis dafür, wie der Liberalismus nur für die Interessen des Geldcapitals eintritt und seine eigenen Interessen mit diesem verbunden fühlt.

Wenn man ehrlich ist und die letzten Jahre, in denen die Steuerreform auf der Tagesordnung stand, mit vollem Bewußtsein durchlebt hat, wenn man Sinn hat für thatsächliche Verhältnisse des practischen Lebens und außerdem auch den Forderungen der Wissenschaft nicht ganz fernsteht, muß man ohne Weiteres zugeben, daß auf dem Grund und Boden eine ganz unverhältnismäßig große Steuerlast ruht, während das Geldcapital sich bisher einer gleichen oder auch nur ähnlichen Besteuerung entzogen hat. Weiter muß man zugeben, daß sich in den Parlamenten nie und nirgends eine Stimme für eine weitere Heranziehung des Grundbesitzes zu einer neuen directen Steuer erhoben hat, auch dann nicht, wenn von gegnerischer Seite die Einführung einer Capitalrentensteuer direct gefordert wurde, und daß mehr und mehr selbst auch von liberaler Seite (z. B. auch bei der Debatte über die Börsensteuer im Reichstage) die Nothwendigkeit einer stärkeren Erfassung des Geldcapitals — wenn auch ungern — anerkannt worden ist und daß alle hervorragenden Vertreter der Wissenschaft — soweit sie nicht zu den Koryphäen des manchesterlichen volkswirtschaftlichen Congresses, wie Karl Braun und Bamberger, gehören — im Interesse der ausgleichenden Gerechtigkeit die Ergänzung des Ertragssteuersystems, welches gegenwärtig in der Praxis nur von der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer gebildet wird, durch eine Capitalrentensteuer fordern. Man darf sagen, daß hierüber in Politik und Wissenschaft in letzter Zeit geradezu Uebereinstimmung bestand, und nur aus dieser Uebereinstimmung, nur aus jenen allgemein anerkannten Thatsachen und Grundsätzen heraus entsprang die bekannte, vom Abgeordnetenhaus fast einstimmig angenommene Resolution, welche eine besondere „Steuer vom Ertrage des Capitalvermögens“ befürwortete.

Jetzt nun, wo die Regierung dieser Resolution in der Weise, wie sie nach Lage der Dinge gar nicht anders zu verstehen ist, nachkommt, wird der geradezu wegen seiner Kühnheit verblüffende Versuch gemacht, notorische Thatsachen in Abrede zu stellen, noch nie hervorgetretene Forderungen aufzustellen und Entrüstung über diejenigen an den Tag zu legen, auf deren Seite Logik, Vernunft, Wissenschaft und Praxis stehen. Freilich geht man nicht so weit, die Capitalrentensteuer an sich als verwerflich zu bezeichnen, aber man stellt ihr doch ein Bein, von dem der Liberalismus hofft, daß er das Project zu Falle bringen werde, weil er weiß, daß diejenigen, welche an dem Grundsatz der ausgleichenden Gerechtigkeit festhalten und den Grundbesitz schützen wollen, nun und nimmermehr die aller Vernunft Hohn sprechende Forderung, das Einkommen aus Grundbesitz von Neuem zu belasten, annehmen können. Um sich als den Vertreter des Grundsatzes der Gerechtigkeit auszugeben, stellt der Liberalismus die Einnahmen des großen Grundbesitzers denjenigen der armen Wittive gegenüber. Daß die arme Wittive von der Capitalrentensteuer frei bleiben wird, ist selbstverständlich; daß aber der große Grundbesitzer seinem Einkommen entsprechend schon stark durch Einkommensteuer und Grundsteuer und hohe communale Zuschläge zu beiden belastet ist, während der große Geldcapitalist nur Ein-

kommensteuer und nur die Zuschläge zu dieser bezahlt, auf diese Ungerechtigkeit wird kein Gewicht gelegt. Man glaubt mit einem Male, den Grundbesitz überhaupt als vortrefflich situiert hinstellen zu können, indem man die Grundsteuer als Reallast bezeichnet. Was sie aber auch sein mag, jedenfalls trägt sie der Besitzer aus dem Ertrage seines Gutes und der darauf verwandten landwirthschaftlichen Arbeit, deren Gelingen von unzähligen Bedingungen und Einflüssen abhängig ist. Und um zu beweisen, wie gut der Grundbesitzer es hat, wird als Kronzeuge ein (angeblich existirender) Capitalist angeführt, der sein Geld in einem Grundstück anlegt, es verpachtet und fünf Procent Zinsen bekommt! Also — das ist die Nutzenanwendung — man darf nicht nur das in Werthpapieren, sondern muß auch das in Grundstücken angelegte Capital zu einer Extrasteuer heranziehen! Dieser Capitalist ist schon jetzt eine interessante Persönlichkeit geworden, bevor man dahinter gekommen, ob er Fleisch und Bein hat. In Wirklichkeit kommt es wohl nie vor, daß Jemand aus einem ländlichen Grundstück — nach Abzug der Grundsteuer und der Zinsen für Hypothekenschulden — fünf Procent von seinem Pächter erhält; letzterer müßte sich denn ein ganz besonderes Vergnügen daraus machen und in der Lage sein, zu Ehren der liberalen Doctrin dem capitalistischen Besitzer Unterstützungen zuzuwenden.

Ein liberales Wiener Blatt bemerkt gegenüber diesem Herentanz des preussischen Liberalismus: „Daß er für die Freiheit der Coupons eintritt, scheint der Gipfelpunkt der Verblendung zu sein; aber die Liberalen sind im Begriff, ihn zu überschreiten. Der alte Liberalismus war auf die Herrschaft des mobilen Capitals gegründet, dem er auch in der Gesetzgebung eine privilegierte Stellung einräumte; es ist nur begreiflich, wenn er diese Position mit äußerster Anstrengung zu halten versucht. Die Art aber, wie die Rentensteuer von den liberalen Organen bekämpft wird, beweist deutlich, daß der Liberalismus seine Stellung erschüttert fühlt.“ Jedenfalls wird der Liberalismus durch diesen Kampf seine Stellung nicht retten, sondern verlieren!

Die Bauernfreunde.

Das Interesse der Liberalen für die Bauern ist vielleicht eine der charakteristischsten Erscheinungen der Gegenwart. Haben sie da eine Bauernversammlung zur Gründung eines „allgemeinen deutschen Bauernvereins“ zum 25. nach Eisenach zusammenberufen, woselbst die Bauern darüber aufgeklärt werden sollen, wo sie der Schuh drückt.

Das ist gewiß ein löbliches Bestreben, denn in der That sind die Bauern nach verschiedenen Richtungen hin sehr hilfsbedürftig. Es ist dies freilich bisher nur immer von anderen politischen Parteien anerkannt worden, während in den Augen der Liberalen Alles gut war und das Streben, den Bauern zu Hilfe zu kommen, als „agrariſch“ bezeichnet wurde, ein Ausdruck, der im Munde der Liberalen einen verächtlichen Beigeschmack hat. Wenn jetzt auch von dieser Seite die Nothwendigkeit anerkannt wird, sich um die Bauern mehr als früher zu bekümmern, so ist dies ein Zeichen dafür, daß man auch in liberalen Kreisen die Wichtigkeit der Bauernfrage zu begreifen anfängt.

So weit wäre Alles sehr schön, und nur mit Befriedigung könnte man von einer solchen liberalen Bauernfreundschaft Act nehmen, wenn der gleichzeitig „an die deutschen Bauern“ erlassene Aufruf nicht zeigte, daß die Liberalen die Bauernfrage in einem ganz anderen Sinne verstehen, als sie von den Bauern selbst verstanden werden dürfte. Sie wollen die Bauern von den „Agrariern“ loslösen und sie zum Kampf gegen den „Latifundienbesitz“ und die Großindustrie einschwören, deren „übermäßige Begünstigung“ „die allmähliche Vernichtung des kleinen und mittleren Grundbesitzes“

herbeiführe; sie wollen sie zu „unabhängigen, denkenden“ Männern machen und für die „Erhaltung des freien Bürgerrechts“, für die „verfassungsmäßige Erstarfung“ des Reichs begeistern. Und „ein alter Bauer“ wendet sich in einem Flugblatt, welches in der Redactionsstube des „Reichsfreunds“ entstanden zu sein scheint, an seine Berufsgenossen, um ihnen die Theilnahme an der Eisenacher Versammlung zu empfehlen und ihnen vorzureden, daß sie dort „ihre Bauernsachen“ „so ganz unter sich“ besprechen werden, und — namentlich vor Aenderung des Erbrechts zu warnen.

Es scheint also hiermit auf einen richtigen liberalen Bauernfang abgesehen zu sein. Was die Bauern drückt, ist nicht der angebliche Mangel an politischen Rechten, und was ihnen helfen kann, ist nicht die „verfassungsmäßige Entwicklung“, — um diese Dinge kümmern sie sich wahrlich nicht, wenn sie hinter dem Pfluge stehen, hohe Grund- und andere Steuern, namentlich Communallasten und hohe Hypothekenzinsen, ja vielleicht Wucherzinsen bezahlen müssen, wenn sie sehen, wie der ererbte Besitz sich immer mehr verkleinert, die Erhaltung des überkommenen oder erworbenen Besitzes ihnen immer mehr erschwert wird und die Concurrenz des Auslandes die Preise ihres Getreides herabdrückt. Wie sich ihre wirthschaftliche Lage heben kann, wie sich der landwirthschaftliche Betrieb für sie erleichtern und nutzbringender machen läßt, das liegt dem Bauern am Herzen, nicht aber die Verfassung und das Bürgerrecht: diese haben ihm jedenfalls noch keine schlaflose Stunde bereitet. Daß sie durch den Latifundienbesitz bedroht werden, ist eine echt parlamentarische Lebensart, die den thatsächlichen Verhältnissen so fern wie möglich steht, — zum Rückgang des Bauernstandes trägt nur die Errichtung von Kleinstellen bei, wie alle Berichte der landwirthschaftlichen Vereine constatiren, und daß sie sich für das bestehende Erbrecht begeistern, ist eine Erfindung, welche der Wahrheit in's Gesicht schlägt. Nur wer mit ihnen über Mittel und Wege nachsinnt, wie der Verschuldung und den nachtheiligen Folgen des bisherigen Erbanges begegnet werden und wie der Bauer auf seiner Scholle erhalten bleiben kann, nur der hat Aussicht, sein Vertrauen zu gewinnen, auch wenn er Großgrundbesitzer oder etwa gar „Agrarier“ ist, oder mag er einer Partei angehören, welcher er wolle.

Die Bauernfrage, wie sie von den Liberalen verstanden wird, ist nichts weiter als die Frage, wie man die Bauern mit schönen Lebensarten wieder für die Liberalen gewinnen kann, nachdem sie erkannt haben, daß die liberalen Principien sie an den Abgrund führen. Daß ein solches Unternehmen misslingen wird, versteht sich bei dem practischen Sinne unserer Bauern von selbst. Deshalb ist auch die Eisenacher Gründung eines allgemeinen Bauernvereins sehr ungefährlich, insofern der Liberalismus damit sicherlich kein Geschäft machen wird: denn es darf als selbstverständlich angesehen werden, daß der allgemeine Bauernverein, wenn er wirklich einer ist, nicht politische, sondern wirthschaftliche Interessen im Gegensatz zum Liberalismus verfolgen und, wenn auch nicht wie der alte landwirthschaftliche Gott Saturnus seine eigenen Kinder, so doch seine liberalen Väter und Gründer auffressen wird.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres hat die Regierung zu Schleswig für 853 Personen Urkunden der Entlassung aus dem preussischen Unterthanenverbande ertheilt. Von diesen Personen waren 401 unter 17 Jahren alt. Von den Entlassenen kamen auf die Kreise mit gemischter Nationalität, also Hadersleben, Apenrade, Sonderburg, Tondern und Flensburg 263 Personen, darunter 154 unter 17 Jahren. An Naturalisations- und Aufnahme-Urkunden wurden in demselben Zeitraum 116, an Renaturalisations-Urkunden 55 ertheilt.

Ueber die Sterbefälle im preussischen Staate nach Todesursachen und Altersklassen der Gestorbenen und die Selbstmorde und Verunglückungen während des Jahres 1881 berichtet eine soeben veröffentlichte umfangreiche Publication des kgl. statistischen Bureaus, welche sich in übereinstimmender Weise den früher veröffentlichten ähnlichen statistischen Erhebungen anschließt. Wir entnehmen dem interessanten Werke zunächst die Thatsache, daß obwohl in dem Berichtsjahre die Bevölkerungszahl um 1,5 pCt. zugenommen hat, dennoch die Zahl der im Jahre 1881 Gestorbenen um 10,459 gegen das Vorjahr zurückge-

treten ist. Es starben nämlich im Jahre 1881 682,159 Personen gegen 692,618 im Jahre 1880. Prüft man die Sterblichkeitsziffer der einzelnen Regierungsbezirke, so ergibt sich, daß fast die Hälfte aller Bezirke im Jahre 1881 weniger Menschen durch den Tod verloren hat, als im Jahre 1879.

Als eine wichtige Thatsache, welche aus den in der vorliegenden Publikation mitgetheilten Berechnungen sich ergibt, ist aber auch hervorzuheben die überall stattfindende Abnahme der Geburtenziffer. Im Jahre 1876 wurden 1,102,023 Geburten registriert, im Jahre 1881 nur 1,054,362. Die Sterbeziffer hat naturgemäß damit correspondirend überall eine günstige Verkleinerung erfahren. Am bedeutendsten ist die Sterblichkeit in Berlin gesunken, von 30,1 auf 27,6 pro Mille. Während aber die Sterblichkeit im Allgemeinen in Berlin in beiden Jahren am ungünstigsten sich gestaltete, entfällt diese ungünstigste Sterbeziffer, sobald die Säuglinge ausgeschlossen werden, auf die Städte mit unter 20,000 Einwohnern. Nach Ausschluß der Säuglingssterblichkeit hatte Berlin die günstigste Sterbeziffer; dieselbe betrug in Berlin 1876 17,1, 1881 17,2, in den Städten mit unter 20,000 Einwohnern 1876 19,1 1881 18,9. Geht man noch weiter auf die Altersverhältnisse der Gestorbenen ein, so treten folgende höchst charakteristische Thatsachen hervor. Die Sterblichkeit im Kindesalter, besonders aber im Säuglingsalter, ist namentlich in den Städten und insbesondere in Berlin 1881 günstiger als 1876 gewesen. Doch im Vergleich zu den anderen Kategorien hat Berlin im Säuglingsalter die bei weitem ungünstigste und auch noch bis zum Alter von 10 Jahren die höchste Sterbeziffer aufzuweisen. Dagegen scheinen die höheren Altersklassen in den Mittelstädten, das höchste Lebensalter aber in den kleinen Städten mit unter 20,000 Einwohnern am meisten gefährdet zu sein.

Was die Ermittlungen über die Todesursachen betrifft, so sind dieselben deshalb nicht überall von gleichem Werth, weil nicht überall ärztliche Todenscheine eingeführt sind. Daher ist die Angabe über die Häufigkeit gewisser Todesursachen nicht als unbedingt vergleichsfähig anzusehen. So sind z. B. die Ermittlungen über das Auftreten der Altersschwäche als Todesursache für eine Vergleichung nicht gut zu verwerten, denn während in den Städten die Todesursache so bestimmt wie möglich ermittelt wird, pflegt auf dem Lande, wo viele Kranke von Ärzten gar nicht behandelt werden, die Todesursache „Altersschwäche“ für die in hohem Alter Gestorbenen in der Regel vom Standesbeamten nur nach der Wahrscheinlichkeit eingetragen zu werden. Dieses eine Beispiel reicht aus, um zu beweisen, wie wünschenswerth es wäre, daß im ganzen Lande gleichartige Einrichtungen behufs Ermittlung der Todesursachen beständen.

Die Selbstmorde sind im Jahre 1881 entschieden häufiger aufgetreten als in früheren Jahren. Die Zahl der Selbstmorde betrug 1881 4958. Das ergibt auf je 100,000 Lebende 18 Selbstmörder, welche Ziffer allerdings auch die Jahre 1878 und 1880 trifft. Dagegen war die Zahl der Selbstmörder in den Jahren 1869 bis 1877 erheblich geringer und betrug u. a. 1871 und 1873 nur 11 von je 100,000 Lebenden. Im Verhältniß zu den Männern treten unter den Selbstmördern die Frauen bedeutend zurück. Wie in jedem Jahre seit 1869, so haben auch im Jahre 1881 die Männer mehr als 4½ mal soviel Selbstmorde begangen als die Frauen. Dagegen haben die Frauen im Vergleich zu den Männern im Alter von 15 bis 30 Jahren verhältnißmäßig bedeutend mehr Selbstmorde begangen als im späteren Alter.

Verunglückungen endlich haben im Jahre mit tödtlichem Ausgange 8088 stattgefunden; davon betrafen 6683 das männliche Geschlecht (gegen 6529 im Jahre 1880) und 1405 das weibliche Geschlecht (gegen 1435). Darunter waren Erwerbsthätige 5376 m. und 773 w., im Beruf 2622 m. und 162 w. Nicht tödtlich, jedoch mit einer Arbeitsunfähigkeit von über 1 Monat, verunglückten 6422 m. (gegen 5490 im Vorjahre) und 562 w. (gegen 505). Darunter Erwerbsthätige 6145 m. 459 w., im Beruf 5399 m., 192 w.

Politische Tagesfragen.

Unser Kronprinz ist nach einer 72 stündigen, zum Theil sehr stürmischen Ueberfahrt von Genua am Donnerstag Mittag 1 Uhr in Valencia eingetroffen und bei seiner Landung auf spanischem Boden von der Bevölkerung der alten gewerbreichen Stadt in überaus warmer und freundlicher Weise empfangen worden. Die Straßen waren mit Triumphbogen, mit spanischen und deutschen Fahnen, mit Guirlanden und Teppichen geschmückt und an vielen Stellen trat dem Kronprinzen in Inschriften und Transparenten das heimische deutsche Wort: „Willkommen“ entgegen. Selbstverständlich wurde dem hohen Gast von Seiten der Wirtenträger des Staates im Namen des Königs und von den Spitzen der städtischen und provinzialen Behörden ein glänzender, seinem hohen Range gebührender und den guten Beziehungen beider Staaten entsprechender Empfang bereitet. Am Hafen war ein Triumphbaldachin erbaut, in dessen Nähe sich eine Ehrenwache, aus Infanterie, Gensdarmarie zu Pferde und Artillerie bestehend, befand. Auf dem Wege nach der Stadt war ein Bataillon Infanterie, eine Schwadron Ulanen und eine Schwadron

Dragoner aufgestellt, über welche der Kronprinz die Parade abhielt. Am Abend fand dem Kronprinzen zu Ehren bei dem General-Capitain ein Diner von 80 Gedecken statt. Bei der Tafel erhob sich der Kronprinz und brachte einen Toast auf Se. Majestät den König Alfons, auf Spanien und die Stadt Valencia aus, welche ihm einen so freundlichen Empfang bereitet habe. Der Bürgermeister erwiderte dankend mit einem Toast auf Deutschland, Se. Majestät den Kaiser Wilhelm und den Kronprinzen und gab den Wünschen nach Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern Ausdruck. Nach dem Diner besuchte der Kronprinz das Theater, wo Höchstderselbe wiederum Gegenstand begeisterter Kundgebungen war. Nach Beendigung des zweiten Actes nahm der Kronprinz die ihm von der Municipalität und dem Generalrath dargebotenen Erfrischungen an, verließ alsdann, geleitet von dem Präfecten und dem Bürgermeister, das Theater und begab sich nach dem Bahnhof, um gegen Mitternacht unter den Hochrufen der zahlreich zusammengeströmten Bevölkerung die Reise nach Madrid mittels königlichen Hofzuges fortzusetzen. Bei der Verabschiedung von den Behörden äußerte der Kronprinz wiederholt seine lebhafteste Befriedigung über die warme Aufnahme in Valencia. Das Journal „Provincias“ sagt: es habe sich noch kein Fürst in Valencia eines so herzlichen Empfanges zu erfreuen gehabt, wie der Deutsche Kronprinz; verschiedene Zeitungen haben den Kronprinzen in deutscher Sprache begrüßt. Freitag Mittag 12 Uhr erfolgte die Ankunft in Madrid. Auf dem festlich geschmückten Bahnhofe hatte sich König Alfons in der Oberuniform seines preussischen Alanen-Regiments mit den höchsten Würdenträgern des Staates und des Hofes zum Empfange des Kronprinzen, welcher preussische General-Uniform und den Orden vom goldenen Vließ angelegt hatte, eingefunden. Beide umarmten und küßten sich, während eine Ehrencompagnie die preussische Nationalhymne spielte und sowohl innerhalb wie außerhalb des Bahnhofes brausende Hochrufe ertönten. Der König und der Kronprinz begaben sich darauf in einem offenen Wagen, von einer Kürassier-Escorte geleitet, unter unaufhörlichen Ovationen der Menge durch die festlich geschmückten Straßen nach dem königlichen Palast, wo der Kronprinz von der regierenden Königin und der Königin Isabella begrüßt wurde. Der Empfang in Madrid von Seiten der Behörden und der Bevölkerung war ein überaus glänzender, herzlicher und warmer, durch keinerlei Mißton gestörter. Alle Fenster und Dächer der Häuser waren dicht von Zuschauern besetzt, die Damen wehten dem Kronprinzen mit ihren Taschentüchern den Willkommengruß entgegen.

Die Aufnahme, welche unser Kronprinz bei Spaniens König und Volk gefunden, erfüllt alle deutschen Herzen mit hoher Genugthuung und wahrer Freude, und wird sicherlich dazu beitragen, die Sympathien beider Länder für einander zu mehren und zu befestigen.

In dem Staatshaushaltsetat für 1884/85 haben, Dank der günstigeren Finanzlage, größere Mittel für Zwecke des Unterrichtswesens und der Kunst und Wissenschaft ausgeworfen werden können. So sind im Etat des Cultusministeriums unter den dauernden Ausgaben für Zwecke des Elementar-Unterrichtswesens im Ganzen 356,026 *M* mehr als im vorigen Etat in Ansatz gebracht. Das Capitel „Kunst und Wissenschaft“ enthält eine Mehrforderung von 150,613 *M*, wovon 39,335 *M* durch die Ueberführung der ethnologischen Sammlungen in das dafür errichtete neue Gebäude, mit welcher zu Ostern 1884 begonnen werden soll, bedingt sind, 37,625 für die königliche Bibliothek, 15,933 für die Academie der Künste. Für das „technische Unterrichtswesen“ sind 143,366 *M* mehr in Ansatz gebracht, wovon allein 20,000 *M* zur Subventionirung des Mitteldeutschen Kunstgewerbe-Vereins in Frankfurt a./M. speciell für die Unterhaltung der von demselben begründeten Kunstgewerbeschule und 26,000 *M* Mehrzuschuß für das Kunstgewerbemuseum in Berlin, namentlich für dessen Unterrichtsanstalt und Bibliothek; als Mehrbedarf für die kgl. Porzellanmanufactur werden in Folge der durch die wachsende Fabrication gesteigerten Arbeitslöhne 24,100 *M* gefordert. Im Ganzen enthält der Etat des Cultusministeriums in seinen dauernden Ausgaben eine Mehrforderung von 896,776 *M*.

Von den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben sei zunächst die Post von 310,900 *M* zur Restauration der Schloßkirche in Wittenberg hervorgehoben; die Kosten der Restauration werden sichanschläglicherweise auf 580,000 *M* belaufen. Zur Vermehrung der Sammlungen der königlichen Museen sind 2,000,000 *M* ausgeworfen. „Die königlichen Kunstsammlungen — so heißt es in der Bemerkung dazu — bleiben ungeachtet der ihnen im Einverständnis mit der Landesvertretung unablässig gewidmeten Fürsorge noch immer von dem Ziele entfernt, welches ältere Sammlungen unschwer erreicht haben. Eine zweckmäßige Bereicherung, namentlich an Werken hervorragenden Ranges, würde nicht nur ihre bildende Wirkung vertiefen, sondern auch ihre Anziehungskraft für weitere Kreise verstärken und der Hauptstadt des Reichs zum Segen für das Reich in erhöhtem Maße die Bedeutung verleihen, wie sie andere Hauptstädte ihren Kunstsammlungen zum Theil seit Jahrhunderten verdanken. Wenn sich die Möglichkeit zeigt, für solche

Zwecke Mittel bereit zu stellen, so scheint es geboten, mannigfache, gerade gegenwärtig hervortretende Ausflüchte zu benutzen, ehe der rasch vorschreitende Uebergang immer zahlreicherer Kunstwerke in feste Hände dieselben mehr und mehr einschränkt; es gilt, für die kommenden Geschlechter zu sichern, was, wenn es heute veräußert wird, für immer unerreichtbar zu werden droht. Die Bewilligung des hier in Vorschlag gebrachten Fonds würde den Organen der Staatsregierung die Möglichkeit gewähren, bei ruhiger und reiflicher Prüfung der sich bietenden Erwerbungen dieselben dort zugleich, wenn sie gerechtfertigt erscheinen, mit der Raschheit und Energie durchzuführen, welche allein zu sicheren und günstigen Ergebnissen führen kann.“ — Ferner sind 2,600,000 *M* zur Erwerbung zweier mit Speichern bebauter Grundstücke in Berlin Kleine Präsidentenstraße 7 und Ziegelstraße 18/19 in Ansatz gebracht, da dieselben eine drohende Feuergefahr für die auf der Museumsinsel vorhandenen und noch zu errichtenden Gebäude der kgl. Kunstsammlungen bilden und die betreffenden Grundstücke zur Erweiterung der Kunst-institute geeignet sind.

Für die Erwerbung des Hygiene-Ausstellungsgebäudes sind 300,000 *M* gefordert. Das Gebäude ist für die Abhaltung der jährlich stattfindenden allgemeinen Kunstausstellungen und für sonstige Ausstellungen sowie zur vorläufigen Unterbringung des neu gebildeten „Museums für Hygiene“ bestimmt. Ein Theil der Sammlungen der Hygiene-Ausstellung, namentlich die der preussischen Ministerien, bildet den ersten Sammlungstamm für das „Hygiene-Museum“, für dessen erste Einrichtung 8000 *M* in Ansatz gebracht sind.

Unter den außerordentlichen Ausgaben des Etats der landwirthschaftlichen Verwaltung befindet sich — wie schon früher erwähnt — eine Position von 200,000 *M* „zur Förderung der Land- und Forstwirtschaft im Eifelgebiete.“ Die Position ist in einer besonderen Denkschrift erläutert, in welcher ausgeführt wird, daß zwar Dank den bisherigen vereinten Bemühungen der Staatsregierung, der Provinzialverwaltung und der Privatwohlthätigkeit zur Zeit ein acuter Nothstand im Eifelgebiet nirgends vorliegt, daß man sich aber nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte und den Ergebnissen der eingeleiteten Erhebungen der Einsicht nicht verschließen dürfe, daß in einzelnen Gegenden des Eifelgebietes, namentlich denjenigen, in welchen es an jeder oder doch jeder bedeutenderen Industrie fehlt und die Bevölkerung für ihren Unterhalt lediglich auf den Ertrag von Grund und Boden angewiesen ist, dauernd nicht unbedenkliche wirthschaftliche Zustände herrschend sind. Abgesehen von der im Gange befindlichen Verbesserung der Verkehrsverhältnisse und der beabsichtigten Zusammenlegung der übermäßig zerplitterten Grundstücke werden als Mittel zur Abhilfe namentlich in Betracht kommen die allmähliche Aufforstung von Niedlandereien zur Verbesserung des Klimas, Einschränkung und Beseitigung der bisherigen Schifferwirthschaft, Verzicht auf den Körnerbau in den zu hohen Lagen, Entwicklung der Viehzucht, Bau von Handelsproducten wie Obst, Flachs und Korbweiden, planmäßige Regulirung der Wasserläufe und Einrichtung von Anlagen für die ordnungsmäßige Ent- und Bewässerung der anstößenden Wiesenflächen, Drainirung alten Kulturlandes und ausgedehnter Niedlandereien zur Förderung des Acker- und Futterbaues. Nach all diesen Zielen hin wird sich bei der großen Zerstückelung des Grundbesitzes, der Verschuldung desselben und dem Fehlen jeglichen Credits und Capitals weniger von einzelnen Besitzern, wie von den Gemeinden und im Genossenschaftswege erreichen lassen; immer aber wird in absehbarer Zeit ein wirklicher Erfolg mit derartigen Unternehmungen nur zu erreichen sein, wenn ein erheblicher Zuschuß zu den Meliorationskosten aus öffentlichen Fonds geleistet wird. Der Provinzialverband allein ist nicht im Stande in dem erforderlichen Maße für die Förderung der Landescultur in der Eifel einzutreten. Es wird daher — vorausgesetzt daß die Provinz an ihrem Theile gleichfalls dazu beiträgt — angezeigt und gerechtfertigt erscheinen, daß der Staat, soweit dies die allgemeine Lage der Finanzen gestattet, unmittelbar mit außerordentlichen Mitteln für die Hebung der Land- und Forstwirtschaft im Eifelgebiet eintritt. Der zu diesem Zwecke zum ersten Mal ausgeworfene Fonds ist auf 200,000 *M* beziffert worden, weil nach dem Stande der vorliegenden Projecte, namentlich für Bachregulirungen, Ent- und Bewässerung von Wiesen und von Drainage-Genossenschaften angenommen werden mußte, daß mit geringeren Mitteln den nothwendigsten Bedürfnissen für dieses Jahr auch nicht entfernt zu genügen sein würde. Die Art der Verwendung des Fonds im Einzelnen wird dem Ermessen des Ministers für Landwirthschaft, Domänen und Forsten zu überlassen und derselbe namentlich zu ermächtigen sein, den ganzen Fonds zu Unterstützungen der gedachten Art à fonds perdu, ohne die Auflage der Rückgewähr zu verwenden. Jedenfalls aber soll die Einstellung dieser Post in den Staatshaushaltsetat nur als ein Versuch angesehen werden, durch den in keiner Weise ein Präjudiz für die Bewilligung von weiteren Mitteln für diesen Zweck durch die späteren Etats geschaffen werden soll. Ob und inwieweit dies überhaupt wird in Aussicht genommen werden können, muß wesentlich von der allgemeinen Finanzlage und davon abhängen, ob die Bevölkerung der Eifel wirklich Verstandniß für die geplanten Wirthschaftsverbesserungen zeigt und ob der Provinzialverband der Rheinprovinz sich zu einem gemeinschaftlichen

Vorgehen mit der Königl. Staatsregierung bereit findet. Welche Summen im Ganzen erforderlich sein würden, um das gesteckte Ziel wirklich zu erreichen, läßt sich nicht mit Sicherheit übersehen, doch darf wohl angenommen werden, daß bei Bewilligung ähnlicher Beträge für einen Zeitraum von etwa 10 Jahren die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Gifel soweit zu heben sein würden, daß die Bevölkerung sich dann aus eigener Kraft weiterarbeiten könnte und auch bei ungünstigen Jahren der Eintritt acuter Nothstände nicht mehr zu befürchten sein würde.

Im Monat October dieses Jahres sind aus dem deutschen Reich 19,440 Personen ausgewandert, gegen 18,477 im October 1882. Die Auswanderung hat also in diesem Monat um fast 1000 Personen gegen den October 1882 zugenommen. Aus Preußen sind im October dieses Jahres 11,075 ausgewandert. Von den einzelnen Provinzen Preußens theilte sich an der Auswanderung Ostpreußen mit 302, Westpreußen 1226, Brandenburg mit Berlin 1373, Pommern 2854, Posen 992, Schlesien 477, Sachsen 338, Schleswig-Holstein 672, Hannover 1233, Westfalen 390, Hessen-Nassau 573, Rheinland 620, Hohenzollern 12, Preußen ohne nähere Angabe 13. Von den übrigen deutschen Staaten wanderten aus Bayern aus 1800, aus Sachsen 637, Württemberg 766, Baden 618, Hessen 359, Mecklenburg-Schwerin 2483, Sachsen-Weimar 88, Mecklenburg-Strelitz 321, Oldenburg 268, Braunschweig 38, Sachsen-Meiningen 96, Sachsen-Altenburg 27, Sachsen-Coburg-Gotha 89, Anhalt 20, Schwarzburg-Sondershausen 1, Schwarzburg-Rudolstadt 12, Waldeck 21, Neuß ältere Linie 6, Neuß jüngere Linie 18, Schaumburg-Lippe 6, Lippe 59, Lübeck 16, Bremen 172, Hamburg 322, Elsaß-Lothringen 97, aus Deutschland ohne nähere Angabe 25.

Die Zahl aller, die vom 1. Januar bis Ende October aus Deutschland ausgewandert sind, beläuft sich auf 153,394 Personen; dagegen sind in demselben Zeitraum des vergangenen Jahres 179,443 ausgewandert. Die Abnahme der Auswanderung in diesem Jahre bis Ende October gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres beträgt also 26,049 Personen; bis zum Ende des Monats September hatte die Abnahme 27,012 Personen betragen.

Für das zunehmende Vertrauen in die nachhaltige Besserung der industriellen und kommerziellen Zustände spricht u. A. auch, daß im Regierungsbezirk Potsdam nicht nur die Zahl der Arbeiter in fast allen Industriezweigen sich fortwährend vermehrt, sondern im Laufe dieses Jahres 65 gewerbliche Neuanlagen, und zwar 30 stationäre Dampfkessel, 8 Locomobilen, 7 Ziegel-Ringöfen, 17 Schlächtereien, 1 Gerberei, 1 Leimsiederei und 1 Hutfabrik, in Betrieb gesetzt worden sind.

Ueber die Lage der einzelnen Industrien wird aus demselben Bezirk folgendes gemeldet. Die Braunkohlen-Briquette-Industrie prosperirt sichtlich. Der Hauptabsatz geht nach Berlin und ist fortwährend im Steigen begriffen.

Die Lage der Ziegel- und Thon-Industrie hat sich zwar nicht gehoben, jedoch sind 10 neue Ziegeleien entstanden. Die daraus resultirende Ueberproduction von Ziegelwaaren ist nicht unbedenklich, da unter diesen Umständen eine Lohnverbesserung der Ziegelei-Arbeiter nicht zu erwarten ist.

Die Pflasterstein-Industrie des Kreises Angermünde erfreut sich eines sichtlichen Aufschwunges. Es sind dort 20—30 verschiedene Unternehmer mit 300—400 Arbeitern und dem nöthigen Fuhrwerk Sommers und Winters in Thätigkeit.

Die Glashütten befinden sich in lebhaftem Betriebe. Bestellungen sind genug vorhanden, aber die Preise sind gedrückt.

Der zunehmende Aufschwung in der Maschinenfabrikation erweist sich unter u. a. aus den bedeutenden Aufträgen, welche der Maschinenbauanstalt in Tegel zugegangen sind, die dadurch in die Lage versetzt worden ist, früher entlassene Arbeiter wiederum zu beschäftigen.

Die Eberswalder Nagelfabrik entwickelt eine höchst bedeutende Thätigkeit; sie hat Umbauten vornehmen müssen und producirt jetzt mit 1000 Pferdestärken Dampfkraft und 600 Arbeitern täglich 12,500 kg fertige Waare.

Sichtlich gehoben hat sich die Tuch-Industrie, vornehmlich in Luckenwalde, weniger in Brandenburg.

In der Papier-Industrie, namentlich in der Pappfabrikation hat der Aufschwung Bestand. Besonders günstig ist die Lage der Ruppiner

Bilderbogen-Fabrikation. In dieser werden in 4 Etablissements ca. 400 Arbeiter dauernd bei entsprechend guten Löhnen beschäftigt.

Ein andauernd erfreulicher Aufschwung erhält sich in der Korbwaaren-Industrie. Ein Etablissement in Brandenburg, welches wohl das größte seiner Art in Deutschland ist, beschäftigt jetzt 400 Arbeiter und fertigt nicht nur die zugehörigen Holz-, Sattler-, Lackirer-, sondern auch sämtliche Eisenarbeiten selbstständig. Der Export dieser Waaren nach Frankreich, Italien, England und Amerika steigert sich fortwährend.

Während die definitiven Ergebnisse der Ernte nach einer Anordnung des Bundesraths alljährlich im Februar für das vorausgegangene Jahr festgestellt werden, finden bekanntermaßen schon vorher im Erntejahre selbst zwei Erhebungen statt; die eine im Juli, welche selbstverständlich nur die Ernte-Aussichten zum Gegenstand haben kann, und die andere Ende October, welche sich mit den vorläufigen Ernteeergebnissen beschäftigt. Beide Erhebungen werden von den landwirtschaftlichen Vereinen veranstaltet, erstrecken sich jedoch grundsätzlich nur auf die wichtigsten Fruchtarten bezw. auf wenige Gemeinde- und Gutsbezirke in jedem Kreise. Bei der Octoberermittelung, welche für dieses Jahr soeben zur Veröffentlichung gelangt ist, werden die Hektarerträge nach dem theilweise bereits stattgehabten Erdrusche in Kilogramm festgestellt.

Wird man ein endgiltiges Urtheil nach den vorliegenden Zahlen auch noch nicht fällen können, so muß doch bereits als feststehend gelten, daß die diesjährige Ernte hinter der vorjährigen nicht unerheblich zurückgeblieben ist. Wenn man einen Vergleich ziehen will, so darf man jene Octobererschätzungen nicht mit den definitiven Ergebnissen der vorjährigen Ernte, wie sie im Februar dieses Jahres festgestellt sind, in Parallele stellen. In den landwirtschaftlichen Vereinen, durch welche die Octoberermittelungen stattfinden, sind hauptsächlich die größeren Grundbesitzer vertreten, auf deren Besitzungen wegen des intensiveren Wirtschaftsbetriebes im allgemeinen wohl höhere Erträge gewonnen werden, als auf den Gemeindefluren. Es ist deshalb anzunehmen, daß wie gewöhnlich auch dies Mal sich das endgiltige Ernteresultat niedriger stellen wird, als das vorläufige, ohne daß deshalb das Verhältniß desselben zu dem Definitivum des Vorjahres schlechter auszufallen braucht, als das der diesjährigen Octoberermittelung zu der vorjährigen. Vorläufig ist man jedoch auf die letztere Vergleichung angewiesen und danach stellt sich die diesjährige Ernte in allen Fruchtarten geringer als die vorjährige mit Ausnahme von Buchweizen und Kartoffeln, welche höhere Erträge in diesem Jahre gehabt haben. Es wurden nach den Octobererschätzungen geerntet im Jahre 1883 an Winterweizen 12,888,421 Doppelcentner gegen 16,351,057 Dctr. im Jahre 1882, an Winterroggen 50,569,847 Dctr. gegen 62,502,387 Dctr., an Sommergerste 10,752,285 Dctr. gegen 13,088,006 Dctr., an Erbsen 3,444,470 Dctr. gegen 4,116,473 Dctr., an Ackerbohnen 928,123 gegen 1,481,729 Dctr., an Wicken 1,070,872 Dctr. gegen 1,291,079 Dctr., an Buchweizen 2,154,763 Dctr. gegen 1,969,539 Dctr., an Lupinen 1,884,303 Dctr. gegen 2,209,802 Dctr., an Kartoffeln 194,078,561 Dctr. gegen 154,849,733 Dctr., an Winterrapz und Rübsen 1,119,179 Dctr. gegen 1,365,132 Dctr., an Hopfen 16,377 Dctr. gegen 16,820 Dctr., an Kleeheu 31,191,480 Dctr. gegen 39,644,259 Dctr., an Wiesenheu 80,937,899 Dctr. gegen 102,171,811 Dctr.

Personalien.

An Stelle des verstorbenen Oberst-Kämmerers Grafen von Redern ist der Feldmarschall Graf Moltke zum Kanzler des hohen Ordens vom Schwarzen Adler ernannt worden.

Der Regierungsrath von Badberg zu Cassel ist zum Ober-Regierungsrath ernannt worden.

Dem Badearzt zu Johannisbad in Böhmen Dr. med. Kopf ist der Charakter als Geheimer Sanitätsrath verliehen worden.